

Manifest zur Einwanderung

Sechzig Professoren treten für klare Konzepte und Quoten ein

zba OSNABRÜCK, 26. November. In ihrem „Manifest der 60 – Deutschland und die Einwanderung“ fordern 60 Professoren der Philosophie und Theologie, der Rechts-, Sozial-, Wirtschafts- und Politikwissenschaften, die Zuwanderung mit „klaren Konzepten, Kontingenten und Quoten zu steuern“. Ein neues Bundesministerium für Migration, Integration und multikulturelle Angelegenheiten solle Einwanderungspolitik und Umgestaltung des Ausländerrechts vorantreiben.

Der Osnabrücker Professor Klaus J. Bade, Herausgeber des Manifestes, wirft deutschen Politikern vor, das Thema Einwanderung jahrelang tabuisiert zu haben. Dadurch aber erhöhe sich die Fremdenfeindlichkeit in der Gesellschaft nur.

Die Diskussion um Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit verschleierte, daß „Deutschland künftig verstärkt auf Zuwanderung angewiesen ist“. Sie könne einschneidende Folgen des Geburtenrückgangs und Alterungsschubs entscheidend mildern, allerdings nur dann, „wenn einheimische Mehrheit und zugewanderte Minderheit neben- und miteinander

leben können“ (Manifest). Dafür sei eine „Generaldebatte über die Zukunft von Bevölkerung und Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur im vereinigten Deutschland dringend nötig“.

Einwanderer bräuchten günstige kulturelle und wirtschaftliche Bedingungen, um selbst für den Lebensunterhalt sorgen und zum Generationenvertrag (Renten) beitragen zu können. Einwanderung wirke destabilisierend, wenn die meisten Zuwanderer auf Sozialleistungen angewiesen blieben und am Rande der Gesellschaft lebten. „An Steuerung von Einwanderung führt kein Weg vorbei.“

Die 60 Professoren, darunter Jürgen Fijalkowski (FU Berlin), Gerhard Grohs (Mainz), Wolfgang Huber (Heidelberg, designierter Berliner Bischof), Trutz Rendtorff (München) und Horst Eberhard Richter (Frankfurt/Main), haben das Thema „Flucht und Asyl“ bewußt aus ihrer Erklärung ausgeklammert. Es dürfe nicht mit Einwanderung verwechselt oder dagegen ausgespielt werden. Asyl sei Hilfe für Bedrängte, Einwanderung Selbsthilfe des Einwanderungslandes.